

PROTOKOLL

über die 5. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am Mittwoch, den 30.05.2018, Sitzungssaal des Stadthauses, Schürenkamp 16, 49324 Melle

Im Vorfeld der Sitzung sind die Mitglieder ab 17:30 Uhr zu einer Besichtigung bei der Fa. Linnemann Objekteinrichtungen, Zur Fünfte 1, 49326 Melle eingeladen.

Sitzungsnummer: AFuW/005/2018
Öffentliche Sitzung: 19:01 Uhr bis 20:40 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Harald Kruse

stellv. Vorsitzender

Wilhelm Hunting

Mitglied CDU- und FDP-Gruppe

Karl-Heinz Gerling

als Vertreter für Mirco Bredenförder

Jan Lütkemeyer

Christina Tiemann

Heinrich Thöle

Mitglied SPD-Fraktion

Uwe Plaß

Luc Van de Walle

Mitglied B90/DIE GRÜNEN- und Die Linke-Gruppe

Alfred Reehuis

Reinhardt Wüstehube

Mitglied UWG-Fraktion

Peter Spiekermann

von der Verwaltung

Stadtrat Dirk Hensiek

StOAR Uwe Strakeljahn

StAR Sandra Wiesemann

StAR Hartwig Grobe

StAR Roland Bieber

Stl Marius Brockmeyer

ProtokollführerIn

Stl Andrea Steinkamp

Abwesend:

Mitglied CDU-Fraktion

Mirco Bredenförder

Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Einwohnerfragestunde
- TOP 3 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 4 Genehmigung des Protokolls der 4. Sitzung vom 08.03.2018
- TOP 5 Bericht der Verwaltung
- TOP 6 Bericht des Beauftragten für Wirtschaftsförderung
- TOP 7 Verzicht auf das Recht zur anteiligen Übernahme des Gesellschaftsanteils der Samtgemeinde Bersenbrück
Vorlage: 2018/0150
- TOP 8 Gebührensatzung Gesmolder Kirmes
Vorlage: 2018/0120
- TOP 9 Bericht einer überörtlichen Prüfung Vergleichender Bericht - Finanzstatusprüfung bei 38 selbständigen Gemeinden
Vorlage: 2018/0141
- TOP 10 Jahresabschluss 2017
Vorlage: 2018/0118
- TOP 11 Zielsystem und Haushaltseckwerte für das Haushaltsjahr 2019
Vorlage: 2018/0140
- TOP 12 Wünsche und Anregungen

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende Herr Kruse eröffnet die Sitzung und begrüßt alle anwesenden Ausschussmitglieder und Mitarbeiter der Verwaltung.

Die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit wird durch den Vorsitzenden Herrn Kruse festgestellt.

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Die Einwohnerfragestunde entfällt mangels anwesender Einwohner.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende Herr Kruse informiert darüber, dass es auf Grund eines dringenden Sachverhaltes nötig wird, die Tagesordnung um einen nichtöffentlichen Teil zu erweitern. Als TOP 1 NÖ wird der „Bericht der Verwaltung“ angehängt. Danach wird der TOP 2 NÖ „Wünsche und Anregungen“ hinzugefügt.

Die Ausschussmitglieder stimmen der Erweiterung der Tagesordnung zu und der Vorsitzende Herr Kruse stellt die geänderte Tagesordnung fest.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls der 4. Sitzung vom 08.03.2018

Das Protokoll der 4. Sitzung vom 08.03.2018 wird durch den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft einstimmig mit 11 Ja-Stimmen genehmigt.

TOP 5 Bericht der Verwaltung

Anhand der beiliegenden Präsentation stellt Herr Strakeljahn fest, dass es bei der Ertragslage keine maßgeblichen Veränderungen gebe. Die Genehmigung des Haushaltsplans 2018 liege inzwischen vor. Somit ist der Haushaltsplan rechtswirksam.

Herr Hensiek verweist auf den nichtöffentlichen Teil der Sitzung. Er gibt allerdings bereits bekannt, dass für ein großes Flächenportfolio ein Kaufangebot existiere. Die bisher bereitgestellten Mittel sind dafür nicht auskömmlich. Dafür kann die zur Verfügung stehende freie Liquidität aus dem Jahresabschluss 2017 Verwendung finden. Das Angebot bleibt maximal vier Wochen gültig. Die Fraktionen sind entsprechend zu informieren.

TOP 6 Bericht des Beauftragten für Wirtschaftsförderung

Herr Kruse bedankt sich bei Herrn Grobe für die Organisation der Führung bei der Firma Linnemann Objekt- und Inneneinrichtungen GmbH & Co. KG, die vor der Sitzung in deren Firmenräumen stattgefunden hat. Ihm fehlt allerdings die mangelnde Begleitung durch die Presse. Er wünsche sich mehr Präsenz für den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft.

Herr Grobe führt in seinem Vortrag aus, dass die Stadt Melle einen starken Wirtschaftsstandort darstellt. Es gebe insgesamt 18T Beschäftigte, die vornehmlich in einer Vielzahl kleiner und mittelständischer Unternehmen tätig sind. In diesem Zusammenhang verweist er auf diverse neue Ansiedlungen im Gewerbegebiet Gerden-Süd. Nachteilig wirke sich aus, dass zurzeit keine weiteren Gewerbeflächen zur Verfügung stehen. Es gebe mehrere gute Anfragen für Flächengrößen zwischen 5T und 8T Quadratmetern. Er berichtet

weiterhin, dass die Stadt Melle wieder Mitveranstalter und –organisator des Berufsorientierungspacours B.O.P. gewesen ist. Dort werden verschiedene Berufsfelder dargestellt.

Als aktuelle Aufgabenfelder gehe es unter anderem um die Ansiedlung von Fach- bzw. Hausärzten und Apotheken. Hier geht es darum entsprechende Immobilien anbieten zu können. Herr Hunting begrüßt es, dass auch Themen wie die ärztliche Versorgung mit behandelt werden. Herr Grobe unterstreicht, dass zurzeit eine Unterversorgung herrsche. Es fehlen insgesamt drei bis vier Ärzte. Er führe unter anderem Gespräche mit der kassenärztlichen Vereinigung und dem Gesundheitsdienst des Landkreises.

Frau Tiemann erkundigt sich, ob es eine Rückmeldung hinsichtlich der Anzahl der vermittelten Ausbildungsplätze gebe. Herr Grobe erklärt dazu, dass es darüber keine Statistik gebe. Von den Unternehmen wird berichtet das Jahr für Jahr Praktika und Ausbildungsabschlüsse aus der Veranstaltung hervorgehen. In diesem Zusammenhang verweist er auf das vorhandene Unternehmernetzwerk in Melle. Dort sind insgesamt 25 Mitgliedsfirmen organisiert. Von dort sind im August eigene Aktionen geplant. Auch in den Schulen finden zu diesem Thema Veranstaltungen statt. Frau Tiemann macht deutlich, dass die Betriebe inzwischen auf die Schulabgänger direkt zugehen.

Die Berufsakademie Holztechnik ist vor Ort angesiedelt, hebt Herr Kruse hervor. Herr Grobe führt ergänzend aus, dass die Akademie sich auf Wachstumskurs befinde und in den nächsten Jahren die Raumfrage akut werde.

Herr Plaß stellt fest, dass Unternehmen jeweils gerne mit einem Ansprechpartner Kontakt halten. Er erkundigt sich daher, wie in Zukunft eine entsprechende Kontinuität gewährleistet werden kann. Herr Hensiek verweist darauf, dass diese Thematik im Verwaltungsausschuss zu besprechen sei, da das Thema in der Zuständigkeit des Bürgermeisters bzw. des Dez. I liege.

Abschließend bedankt sich Herr Kruse für den Bericht bei Herrn Grobe.

**TOP 7 Verzicht auf das Recht zur anteiligen Übernahme des
Gesellschaftsanteils der Samtgemeinde Bersenbrück
Vorlage: 2018/0150**

Herr Strakleljahn stellt kurz den Sachverhalt anhand der Vorlage vor.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat die Angelegenheit in seiner Sitzung am 30.05.2018 beraten und empfiehlt dem Rat der Stadt Melle einstimmig mit 11 Ja-Stimmen folgenden Beschluss zu beschließen.

Beschlussvorschlag

Die Stadt Melle verzichtet auf das Recht zur anteiligen Übernahme des Gesellschaftsanteils der Samtgemeinde Bersenbrück gemäß § 17 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages der oleg - Osnabrücker Land-Entwicklungsgesellschaft mbH.

**TOP 8 Gebührensatzung Gesmolder Kirmes
Vorlage: 2018/0120**

Frau Wiesemann erläutert mit der anliegenden Präsentation die Gebührensatzung für die Gesmolder Kirmes. Sie berichtigt den zunächst in der Vorlage genannten

Kostendeckungsgrad von 60% auf 57% durch die inzwischen genauer zu beziffernden Erträge und Aufwendungen.

Herr Kruse führt ergänzend aus, dass auf der Kostenseite auch die Aufwendungen des Bürgerbüros und Baubetriebsdienstes enthalten sind. Insgesamt handelt es sich dadurch um ein Zuschussgeschäft.

Frau Tiemann begrüßt es, dass für die Gesmolder Kirmes nun eine Satzung vorliege. Gleichzeitig erkundigt sie sich, wie sich die Situation für die Kirmes in Wellingholzhausen darstelle. Frau Wiesemann erklärt, dass dort bisher nach der alten Satzung abgerechnet werde. Hier solle in Zukunft ebenfalls eine Gebührensatzung erlassen werden.

Herr Wüsthube erkundigt sich danach, wie die Abrechnung für den Weihnachtsmarkt in Melle-Mitte erfolgt. Frau Wiesemann berichtet, dass dieser eine Veranstaltung der Werbegemeinschaft Melle City e.V. ist und die Stadt Melle nur unterstützend tätig wird.

Herr Kruse merkt an, dass festgelegt werden müsste, für welche Märkte eine entsprechende Gebührensatzung zu erstellen ist. Es gehe vor allem auch darum, Rechtssicherheit zu erlangen.

Herr Wüsthube fragt, wie die Nutzung öffentlicher Flächen und Einrichtungen durch Gaststätten und Eisdielen gebührenrechtlich einzuordnen sind. Herr Strakeljahn antwortet, dass es sich hierbei um eine Sondernutzung handelt, die entsprechend zu beantragen ist. Damit ist eine einmalige Gebühr verbunden. In Osnabrück würden entsprechende jährliche Gebühren abgerechnet, fügt Herr Wüsthube hinzu. Herr Kruse führt ergänzend aus, dass man sich darüber auch für Melle Gedanken machen könne.

Herr Spiekermann hält den genannten Kostendeckungsgrad von 57% nicht für aussagekräftig und erkundigt sich nach möglichen Vergleichszahlen. Frau Wiesemann erklärt, dass in größeren Städten die Kostendeckungsgrade höher liegen. Für vergleichbare Veranstaltungen liegen ihr keine Informationen vor. Herr Spiekermann hält das extra in der Satzung aufgeführte Ponyreiten nicht mehr für zeitgemäß. Herr Kruse macht deutlich, dass das Ponyreiten nach wie vor noch gut angenommen wird. Hier bestehe eine Zusammenarbeit mit dem Kreisveterinär, der sich mit dem Schausteller entsprechend auseinandersetzt. Es erfolgt ein stündlicher Pferdewechsel.

Herr Reehuis merkt an, dass es sich bei der Gesmolder Kirmes um eine große Veranstaltung handelt. Anders stellt sich die Situation beispielsweise bei den Weihnachtsmärkten in den Ortsteilen dar. Hier müsse überprüft werden, was überhaupt noch möglich ist. Als Beispiel nennt er den letzten Neuenkirchener Weihnachtsmarkt, wo nur noch die Hälfte der Buden an der Veranstaltung teilgenommen hat. Er sehe die Gefahr, dass das kulturelle Leben dadurch kaputt gehe. Als weiteres Beispiel nennt er die geplante Vergnügungssteuerfestsetzung für die „Nyenkerkener Wiesen“. Seiner Meinung nach müssten die in der Satzung aufgeführten Ausnahmeregelungen greifen.

Herr Kruse macht aus Gesmolder Sicht deutlich, dass man durch die Zonenbildung zu gerechteren Gebührensätzen kommen möchte. Hinsichtlich der Zuordnung privater bzw. öffentlicher Veranstaltungen im Hinblick auf die Vergnügungssteuer müsse über evtl. Änderungen nachgedacht werden. Herr Lütkemeyer spricht sich für eine lebendige Stadt aus. Es solle nicht alles mit Gebühren erschwert werden.

Herr Kruse bedankt sich bei Frau Wiesemann für die Vorstellung der Satzung.

In seiner Sitzung am 30.05.2018 hat der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft die Angelegenheit beraten und empfiehlt dem Rat der Stadt Melle einstimmig mit 11 Ja-Stimmen den folgenden Beschluss zu beschließen.

Beschlussvorschlag

Die Satzung der Stadt Melle über die Erhebung von Standgebühren auf dem Jahrmarkt „Gesmolder Kirmes“ wird beschlossen.

TOP 9 Bericht einer überörtlichen Prüfung Vergleichender Bericht - Finanzstatusprüfung bei 38 selbständigen Gemeinden Vorlage: 2018/0141

Mit der beiliegenden Präsentation stellt Herr Strakeljahn die Prüfungsergebnisse des Landesrechnungshofes Niedersachsen zur Finanzstatusprüfung vor.

Nach kurzer Diskussion nimmt der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft zur Kenntnis.

TOP 10 Jahresabschluss 2017 Vorlage: 2018/0118

Herr Strakeljahn gibt mit der anliegenden Präsentation einen Überblick über den Jahresabschluss 2017.

Im Gegensatz zum Finanzcontrollingbericht zum 31.01.2018 ist es im Februar und März 2018 im Rahmen der Abschlussarbeiten noch zu maßgeblichen Änderungen gekommen. Der Überschuss von 9,1 Mio. Euro stellt dennoch ein einzigartiges Ergebnis für Melle dar. Somit erhöht sich die Rücklage auf insgesamt 35 Mio. Euro.

Die ungebundene Liquidität beläuft sich auf 5,1 Mio. Euro. Davon sind 2 Mio. Euro bereits aus 2016 im Haushaltsplan 2018 berücksichtigt worden. Außerdem hat es eine Entschuldung i. H. v. 7,2 Mio. Euro gegeben, sodass die Planschulden nicht mehr wie geplant bei 51 Mio. Euro liegen, sondern bei 44 Mio. Euro.

Die Planüberträge belaufen sich auf 12,5 Mio. Euro. Hier kann konstatiert werden, dass die Richtung stimmt, allerdings die Höhe noch nicht.

Herr Hensiek erklärt, dass die noch zur Verfügung stehende ungebundene Liquidität i. H. v. 3 Mio. Euro komplett für die anstehenden Grundstücksgeschäfte zu reservieren sind. Um die Abwicklung des vorgesehenen Kaufvertrages zu gewährleisten wird ein Antrag auf überplanmäßige Auszahlung direkt an den Verwaltungsausschuss und Rat zur Beschlussfassung auf den Weg gebracht.

Nach einer weiteren kurzen Diskussion nimmt der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft den Jahresabschluss zur Kenntnis.

TOP 11 Zielsystem und Haushaltseckwerte für das Haushaltsjahr 2019 Vorlage: 2018/0140

Herr Kruse erläutert, dass alle wesentlichen Dinge bereits während der Strategieklausur des Rates in Dinklage entsprechend diskutiert worden sind. Heute gehe es noch einmal um eine Zusammenfassung der Thematik. Herr Hensiek bedankt sich zunächst bei allen Teilnehmern der Klausur für die überaus konstruktive Mitarbeit über alle Fraktionen hinweg. Der

Verwaltungsvorstand hat die erarbeiteten Anpassungen in den nun vorgelegten Verwaltungsvorschlag integriert. Es können weitere Änderungen vorgenommen werden.

Herr Strakeljahn führt anhand der beigefügten Präsentation aus, dass sich der Beschluss aus drei Komponenten zusammensetzt. Zum Zielsystem habe es auf Basis der Strategieklausur im Wesentlichen sprachliche Anpassungen gegeben. Als neuer Handlungsschwerpunkt wurde der HSP 4.9 „Die biologische Vielfalt steigern“ mit der Priorität 3 aufgenommen.

In Bezug auf den HSP 2.2 „Wohnraum orientiert am Wohnraumversorgungskonzept schaffen“ stellt Herr Spiekermann fest, dass Leitlinien für die WBG und die Solbad Melle GmbH noch ausstehen. Entsprechende Regelungen sind nunmehr auf den Weg zu bringen. Herr Hensiek spricht sich dafür aus, das Thema in der nächsten Sitzung im Rahmen der Diskussion über die Geschäftsberichte mit aufzunehmen. Aktuell mache er sich große Sorgen über die Preissteigerungen im Wohnungsbau. Er stellt sich die Frage, inwieweit eine wirtschaftlich vertretbare Lösung darstellbar ist.

Herr Strakeljahn weist darauf hin, dass beim HSP 4.4 „Maßnahmen für den Hochwasserschutz und Präventionen gegen Auswirkungen aus Starkregenereignissen umsetzen“ es zu einem Übertragungsfehler gekommen ist (neu: 3; alt: 2).

Herr Hunting führt aus, dass er im Wesentlichen mit den Formulierungen einverstanden ist. Die eingebrachten Änderungen sind plausibel. Zur zweijährigen Haushaltsplanung habe er sich schon bei der Strategieklausur dahingehend erklärt, dass er sich einen zweijährigen Haushalt vorstellen könne.

Herr Spiekermann möchte wissen, ob dass der Einstieg zur ständigen zweijährigen Haushaltsführung ist. Herr Kruse zeigt auf, dass bei entsprechender Notwendigkeit jederzeit der Rhythmus geändert werden kann.

Frau Tiemann nimmt noch einmal Bezug auf die vorhandene Problematik beim Wohnungsbau. Es muss das Bewusstsein geschärft werden, dass evtl. der städtische Haushalt belastet wird.

Herr Reehuis verweist zunächst einmal darauf, dass es hier um das Zielsystem geht. Er spricht sich ebenfalls für eine zweijährige Haushaltsplanung aus. Er beurteilt alle drei Komponenten des Beschlusses als positiv. Frau Tiemann fasst noch einmal zusammen, dass allen klar sein muss, wie die Ziele gesetzt sind und welche Konsequenzen sich daraus ergeben. Herr Hensiek erklärt, dass er alles daran setzen werde, dass es zu keiner Belastung des städtischen Haushalts kommen werde. Er sieht die Maßnahme als Referenzobjekt wie es in Zukunft laufen wird. In diesem Zusammenhang verweist er darauf, dass die vom Land aufgelegten Programme mit der aktuellen Preisentwicklung nicht Schritt halten.

Herr Thöle stellt fest, dass während der Strategieklausur eine hervorragende Arbeit geleistet wurde. Mit dem jetzigen Zielsystem kann er gut leben. Er habe vom Grundsatz her keine Probleme mit einem Doppelhaushalt. Frau Tiemann erklärt sich ebenfalls mit einem Doppelhaushalt einverstanden. Es sollte aber kein Automatismus im Hinblick auf künftige Haushaltsjahre geben.

Herr Hensiek macht deutlich, dass die Verwaltung ebenfalls empfiehlt stets neu darüber zu entscheiden. Es kommt auch immer darauf an, inwieweit ein zweijähriger Haushalt bei den vorherrschenden Rahmenbedingungen überschaubar ist.

Herr Kruse stellt im Einvernehmen mit den Ausschussmitgliedern den gesamten Beschluss zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat diese Angelegenheit in seiner Sitzung am 30.05.2018 beraten und empfiehlt dem Rat der Stadt Melle einstimmig mit 11 Ja-Stimmen folgenden Beschluss zu beschließen.

Beschlussvorschlag:

Das Zielsystem der Stadt Melle mit den definierten Handlungsschwerpunkten wird auf der Basis der Anlage 1 aktualisiert und zur Grundlage für die Haushaltsplanung 2019 sowie der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung bis 2022 ggfs. 2023 gemacht. Es wird ein Leistungscontrolling auf Ebene der Handlungsschwerpunkte (HSP) entwickelt. Dafür soll die Zielklärung zunächst für die hoch priorisierten HSP gemäß Anlage 2 zur Grundlage gemacht werden.

Der Haushaltsentwurf 2019 wird auf Basis der Eckwerte gemäß Anlage 3 geplant und aufgestellt.

Der Verwaltungsentwurf ist als Haushaltsplanung für 2 Jahre für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 zu erarbeiten.

TOP 12 Wünsche und Anregungen

Herr Gerling greift noch einmal das Thema Vergnügungssteuer auf und erkundigt sich, wer ihm darüber Auskunft erteilen kann. Herr Strakeljahn erklärt, dass das Thema dem Steuergeheimnis unterliegt. Letztendlich ist der Rat Auftraggeber für Festsetzungen nach der Vergnügungssteuersatzung. Es gibt verschiedene Tatbestände, nach denen besteuert wird. Neben den Geldspielautomaten sind u.a. auch Tanzveranstaltungen steuerpflichtig. Im vorliegenden Fall wurde zunächst eine Anhörung durchgeführt. Herr Gerling stellt noch einmal heraus, dass man in Neuenkirchen ein Problem damit habe. Herr Strakeljahn betont, dass die Thematik nicht in öffentlicher Sitzung zu klären ist.

Herr Reehuis erinnert noch einmal daran, dass bei der Verabschiedung der Vergnügungssteuersatzung lange über Ausnahmetatbestände diskutiert worden sei. Im angesprochenen Fall handelt es sich um eine GbR die die Veranstaltung durchführt, deren Zweck aber nicht eine Gewinnerzielung ist. Er sehe durchaus gewisse emotionale Schwierigkeiten.

Herr Kruse verweist abschließend darauf, dass es immer Ziel sei eine Gleichbehandlung zu erwirken. Die Thematik ist in sachlichen Gesprächen zu eruieren und ggf. eine Änderung der Vergnügungssteuersatzung zu diskutieren.

Die öffentliche Sitzung wird durch den Vorsitzenden Herrn Kruse um 20.40 Uhr geschlossen.

01.06.2018
gez. H. Kruse

Vorsitzende/r
(Datum, Unterschrift)

01.06.2018
gez. D. Hensiek

Verw. Vorstand
(Datum, Unterschrift)

01.06.2018
gez. A. Steinkamp

Protokollführer/in
(Datum, Unterschrift)